

# „NUR ÜBER MEINE LEICHE!“

**Das waren die Worte von UEL-Chef Jean-Jacques Rommes, als er kürzlich im Radio auf die Frage des Journalisten reagierte, ob die Arbeitgeber in den laufenden Verhandlungen mit den Gewerkschaften zur Arbeitszeitgestaltung zu weiteren Konzessionen bereit seien, beispielsweise über zusätzliche Urlaubstage. Und weiter: „Es gibt keine Mitte!“**

Solche Aussagen sind aus Arbeitgeberkreisen eher (zu) selten zu hören.

Sie machen eigentlich überdeutlich klar, dass die Arbeitgeber, und mit ihnen das Handwerk, der momentan verfolgten Politik der Regierung ratlos, ja entgeistert, zusehen und das gespielte Spiel nicht mehr verstehen.

Etwas seltsam ist es schon: die Regierung sagte den Arbeitgebern vor ungefähr einem Jahr zu, in Sachen Arbeitszeit zu Gunsten von mehr Produktivität den gesetzlichen Rahmen zu reformieren. Im Gegenzug verpflichteten sich die Arbeitgeber, mehr Flexibilität beim Elternurlaub zu akzeptieren und generell zu versuchen, Arbeit und Familie besser verknüpfen zu wollen.

Und das entgegen der eigentlich vorherrschenden Stimmung in den Unternehmen!

Zwar hat ihrerseits die Familienministerin nie einen Hehl daraus gemacht, den Elternurlaub nicht zwangsläufig mit der Flexibilisierungsdiskussion vermischen zu wollen, doch war die Erwartungshaltung der Arbeitgeber nicht total unlogisch, die Diskussion über die Flexibilität der Arbeitnehmer möglichst mit derjenigen der Unternehmen zu verknüpfen.

Am Anfang der eigentlichen Diskussionen schien dies auch die Sichtweise der Regierung zu sein, als viele verschiedene Themenbereiche andiskutiert wurden. Doch dann wurde die Sache der Familienministerin und der Regierung wohl zu kompliziert oder zu unsicher. Vom OGBL kam die Forderung nach einer 6. Urlaubswoche als Vorabbedingung, um überhaupt an irgendwelchen Diskussionen zur Arbeitszeitorganisation teilzunehmen (von Verhandlungen ganz zu schweigen!).

Also wurde Anfang Januar zuerst die Reform des Elternurlaubs auf den Instanzenweg geschickt, nachdem sie zuvor monatelang möglichst publikumswirksam immer wieder angedeutet und vorgestellt worden war, bis kein Zurück mehr möglich war. Vor wenigen Tagen dann präsentierte der Arbeits- und Beschäftigungsminister die angedachten Neuerungen in Sachen Familienurlaub als weitere Wohltat dieser Regierung - und provozierte prompt eine etwas ungehaltene Reaktion seitens des Handwerks und der übrigen Arbeitgeber, man

könne dann ja nun bei der Flexibilisierung der Arbeitszeit auch ganz gut auf die Akzeptanz der Gewerkschaften verzichten.

Schließlich, wird das Einverständnis der Arbeitgeberorganisationen quasi als selbstverständlich hingestellt, obwohl sie eigentlich immer wieder ohne Erfolg auf die Schwierigkeiten der Unternehmen angesichts all dieser Neuerungen hingewiesen und entsprechende Organisationsmöglichkeiten für die Betriebe in Form flexiblerer Arbeitszeitgestaltung gefordert hatten. Angesichts der Tatsache jedoch, dass es sich die Regierung nach der Referendumsschlappe nicht mit den Gewerkschaften verderben will (was diese wohl auch erkannt haben und schamlos ausnutzen), hat sie zusehends Schwierigkeiten, sich in unbequemen Diskussionen mit der Gewerkschaftsseite durchzusetzen. Die Arbeitszeit hat hier natürlich ganz besonderen Symbolcharakter.

Das äußert sich dann in unendlichen Verhandlungsrunden - immerhin wird bereits seit vergangenem Frühjahr im Arbeitsministerium ein ganzes Arbeitsprogramm diskutiert - bei denen den Gewerkschaften jede noch so abwegige Idee erfüllt wird, um sie möglichst gnädig zu stimmen für die eigentlichen, noch anstehenden Verhandlungen über die Arbeitszeit. Am kommenden 18. Februar soll es nun zum Showdown kommen. In der Tat, hat der Arbeitsminister angekündigt, Arbeitgeber und Gewerkschaften so lange einsperren zu wollen, bis endlich eine Lösung erzielt wird. (Ein bisschen hat die europäische Methode, bei der die Politiker so lange weichgeklopft werden bis sie nachgeben, wohl auf Nicolas Schmit abgefärbt.)

Doch fragt man sich, angesichts der Tatsache, dass die Regierung ihrerseits bereits alle „Leckerlis“ verbraten hat, wie das denn funktionieren soll. Die Gewerkschaften werden nicht nachgeben, und sollte die eine das doch tun wollen, wird die andere, die größere, sie in Grund und Boden zu stampfen versuchen...

Der Elternurlaub wird im Sinne der Arbeitnehmer flexibilisiert, trotz der bekannten Bedenken der Arbeitgeber.

Der Familienurlaub wird im Sinne der Arbeitnehmer großzügiger gestaltet, das heißt mehr Urlaubstage und mehr Organisationsprobleme im Betrieb, auch wenn das kranke Kind der eigentliche Anlass ist, was auf ein gewisses Verständnis der Arbeitgeber trifft. Doch wer-

den hier bereits erste Forderungen laut, man solle doch den Kreis der Nutznießer noch weiter ziehen. Wetten, das kommt auch noch?

Personalvertretung, Lohnindexierung und anderen Gewerkschaftsforderungen hat die Regierung ebenfalls bereits in vorauseilendem Gehorsam nachgegeben. Womit, bitte schön, sollen insbesondere der OGBL aber auch die anderen Gewerkschaften denn hinter ihrem Ofen herausgelockt werden, wenn die Regierung wirklich ihr Einverständnis voraussetzt? Das wird sie nie erhalten, jedenfalls nicht von allen! Seinerseits wird der OGBL-Chef nicht müde so zu tun, als ob die Arbeitgeber die wahren Unnachgiebigen seien (wie man unschwer anhand der weiter oben aufgezählten Annehmlichkeiten merken kann).

Die Arbeitgeber wollen eigentlich nur das, was im europäischen Ausland Standard ist, nämlich eine 4-monatige Referenzperiode, die frei zwischen Betrieb und Belegschaft gestaltbar und verhandelbar ist, ohne dass der gesetzliche Rahmen so eng gesteckt ist, dass de facto keinerlei Flexibilität übrig bleibt. Immer wenn es möglich ist, vergleicht sich Luxemburg gerne mit seinen europäischen Nachbarn und lässt den Musterschüler raus. Nur nicht in Sachen Arbeitsrecht, da wird so getan, als ob Luxemburg noch am Anfang der Industrialisierung stehe und Flexibilität kein Thema sei.

So oder so wird die geplante Veranstaltung vom 18. für die Regierung zur Stunde der Wahrheit. Ist sie regierungsfähig auch ohne Kopfnicken aus Esch? Insbesondere der OGBL will gar keine Verhandlung, die geforderte 6. Urlaubswoche als Vorleistung zu den eigentlichen Gesprächen zeigt dies überdeutlich. Die Arbeitgeber ihrerseits werden solche und ähnliche Forderungen nie und nimmer akzeptieren. Verhandlungsmasse ist demnach keine zu erkennen und die Vorschläge, die seitens des Arbeitsministers auf den Tisch gekommen sind, stellen eher eine Verschlechterung als eine Verbesserung der aktuellen Situation dar.

Wenn diese Runde scheitert, dürfte klar sein woran man ist. Dann ist der Sozialdialog, entgegen allen wohlwollenden lebenserhaltenden Maßnahmen (oder sind es Wiederbelebungsversuche?) tot. Dabei bräuchte man das Instrument dringender als je, denn Wirtschaft 4.0 wird Umwälzungen in allen Bereichen mit sich bringen, die vom Gesetzgeber überhaupt nicht geregelt werden können und die allein deswegen in den Betrieben mit den Mitarbeitern geregelt werden müssen!

Für die Arbeitgeber ist angesichts der erbrachten Vorleistungen vollkommen undenkbar, dass weitere Zugeständnisse gemacht werden können. Zu restriktiv sind die Verhandlungsmandate der einzelnen Organisationen gestrickt, zu sehr sind die letzten Tage die Telefone in den verschiedenen Sekretariaten warmgelaufen, wo erboste Mitglieder ihrer Aufregung über die angeblich

zu lasche Verhandlungsführung der Arbeitgebervertreter freien Lauf ließen.

Das Handwerk fragt sich, ob Premierminister Bettel gut daran tut, „seine“ Minister nach deren jeweiligem Gutdünken einzelne Verhandlungen führen zu lassen, ohne dass ein erkennbares Gesamtkonzept zu erkennen ist. Die Regierung tut in der Tat so, als ob es nicht sie gewesen sei, die vom „Silodenken“ der einzelnen Ministerien abkehren wollte und das sogar in das Koalitionsprogramm schrieb. So steht auch die gesamte Gambia-Mannschaft im Wort, das Abkommen zwischen UEL und Regierung umzusetzen (wo übrigens auch noch andere Fragestellungen offen bleiben, Mindestlohn und Prozeduren lassen grüßen!). Vielleicht muss der Regierungschef doch einmal nach dem Rechten schauen?

Ansonsten muss sich die Regierung wohl oder übel darauf einstellen, dass sie die politische Verantwortung für diesen Misserfolg wird einstecken müssen. Lieber werden die Arbeitgeber nichts akzeptieren, sprich keine Verlängerung der Referenzperiode (die über eine zu restriktive Gesetzgebung praktisch sowieso untauglich werden wird), und gegebenenfalls keine Änderungen an der bestehenden Regelung (die zwar unbefriedigend weil weltfremd ist), als dass sie solcherlei Vorschläge auch noch durch weitere Zugeständnisse „kompensieren“ müssen.

Nur damit das klar ist!



Fédération des Artisans

Romain Schmit | Secrétaire général

T +352 42 45 11 - 26 | E r.schmit@fda.lu

I www.fda.lu | Twitter: @RomSchmit